



Uwe Wirges ist Direktkandidat der FREIEN WÄHLER für die Bundestagswahl 2021

Die **FREIEN WÄHLER** im Rheinisch-Bergischen Kreis haben Uwe Wirges, Bergisch Gladbach, zum Direktkandidaten für den Bundestag aufgestellt.



Foto: Stefanie Braun

Uwe Wirges, von Beruf Polizeihauptkommissar, kommt aus Bergisch Gladbach und ist dort kein Unbekannter. Durch seine berufliche Tätigkeit kennt der 60-jährige sich in der Kreisstadt und im

Kreis wie kaum ein anderer aus, kennt insbesondere die großen und kleinen Sorgen der hier lebenden Bürgerinnen und Bürger – und zwar durch fortwährende, tägliche persönliche Begegnungen.

Uwe Wirges war und ist öffentliches Engagement immer wichtig. Er war Vorsitzender des Bergisch-Gladbacher Fußballvereins Jan Wellem und ist, wie es sich für einen Rheinländer gehört, aktiv im Karneval. Für die Freie Wählergemeinschaft Bergisch Gladbach ist Uwe Wirges als sachkundiger Bürger in den Ratsausschüsse für Bildung, Kultur und Sport sowie im Ausschuss für Anliegen und Beschwerden für die Bürgerschaft tätig. Auch hier erfährt er, wo der Schuh drückt.

Nun also nach Berlin. „Das ist natürlich nicht einfach“, weiß auch Uwe Wirges, der aber überzeugt ist, dass die **FREIEN WÄHLER** gerade bei der Wahl im Herbst 2021 gute Chancen haben, die 5-Prozent-Hürde zu überspringen. Das sei zuletzt mit dem Wahlergebnis der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz eindrucksvoll gelungen, wo man mit pragmatischer und ideologiefreier Politik

das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gewonnen habe.

Im Falle seiner Wahl will Uwe Wirges sich besonders im Bereich der Jugend- und Sozialarbeit engagieren. Er kritisiert, dass in diesem Bereich auch seinem Berufsstand zu wenig Anerkennung entgegengebracht werde, der gerade hier besondere Aufgaben erfülle.

Dies sei in Corona-Zeiten sehr deutlich geworden. Uwe Wirges: „Es geht darum, in schwierigen Zeiten und Situationen die richtige Balance zu finden – vor Ort und nicht nur am grünen Tisch.“

Die **FREIEN WÄHLER** als die politische Kraft der Mitte stehen für ein Deutschland für alle. Sie möchten bürgerliche, freiheitliche, konservative und soziale Wähler in der politischen Mitte ansprechen.

Als junge und frische Partei wurden die **FREIEN WÄHLER** Nordrhein-Westfalen 2011 gegründet – die Bundespartei bereits 2010. Bei den letztem Landtagswahlen erreichten die **FREIEN WÄHLER** in Bayern 11,6%, in Brandenburg 5,0%, in Baden-Württemberg 3,0% und in Rheinland-Pfalz 5,4%.



Wasserstofftechnologie für Wermelskirchen

Der Rheinisch-Bergische Kreis, der Rhein-Sieg-Kreis sowie die Städte Brühl, Hürth, Köln und Wesseling haben im August am Flughafen Köln/Bonn ihre gemeinsame Roadmap „H2R Wasserstoff Rheinland“ zum umfassenden Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft in der Region vorgestellt. Das Konzept beinhaltet rund 100 kon-

krete Maßnahmen und Projekte und trägt damit der Bedeutung von Wasserstofftechnologien als Schlüssel der Energiewende Rechnung. Ziel ist es, mit H2-Technologien Emissionen des Verkehrs zu senken und die heimische Wirtschaft zukunftsfähig zu machen.



Die **FREIEN WÄHLER** haben sich mit dem Thema beschäftigt und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass es nun der richtige Zeitpunkt für unsere Stadt ist, ebenfalls erste Schritte in die Wasserstoffzukunft zu machen. Wie bei vielen anderen Energiewende-Maßnahmen spielt die kommunale Ebene eine wichtige Rolle, um Innovationen mitzuentwickeln und die Akzeptanz der Bevölkerung und des Gewerbes zu motivieren. Erzeugung und Anwendung von grünem Wasserstoff und CO2-neutrale Flüssigkraftstoffe sind keine Zukunftsmusik mehr.

Mit unserer Anfrage vom 30.01.2021 haben wir die Stadtverwaltung gebeten, die Realisierung einiger konkreter Wasserstoffprojekte in Wermelskirchen zu prüfen. Als Beispiele haben wir z. B. die Anschaffung von Wasserstoff-LKWs oder PKWs aufgeführt, aber auch eine Wasserstoffelektrolyse am Standort der Kläranlage Eifgen.

Öffentliche Gebäude zukünftig mit Wasserstoffheizungen betreiben oder eine öffentlich zugängliche Wasserstofftankstelle waren weitere Stichwörter dieser Anfrage. Dazu soll Wasserstoff langfristig auf Basis erneuerbarer Energien hergestellt werden („grüner Wasserstoff“), wofür die notwendige Infrastruktur etabliert werden muss. Ziel der **FREIEN WÄHLER** überall in Deutschland ist es, Wasserstoff so schnell wie möglich zur Anwendung zu bringen – sowohl hinsichtlich Mobilität als auch in der Industrie, zur heimischen Nutzung und als Exportprodukt! Unser Gedanke verbindet Umweltschutz und Wirtschaft. Aus der Vision, Wasserstoff als Schlüssel für eine fortschrittliche Zukunft, kann nur Realität werden, wenn man damit anfängt.

Link zum Antrag:
<https://wnkuwg.de/4110/wasserstofftechnologie-vor-ort/>

Kommunalwahl 2020 und die Wählergemeinschaften – Zufriedenheit sieht anders aus

Die Kommunalwahl 2020 war für die Wählergemeinschaften landauf landab nicht gerade vergnügungssteuerpflichtig: bis auf wenige Ausnahmen wurden sie mehr oder wenig stark gebeutelt.

Davon konnten sich auch die drei Wählergemeinschaften, die in Wermelskirchen an den Start gegangen waren, nicht abkoppeln. Alle blieben deutlich hinter den Erwartungen zurück.

Was es ungleich schwieriger macht, dieses Ergebnis zu analysieren, ist die Tatsache, dass die Wählergemeinschaften unterschiedlicher nicht hätten sein können, einziges verbindendes Element war, dass sie allesamt in der Mitte der politischen Landschaft verortet sind.

Ansonsten trafen Erfahrung und Routine auf Newcomer, Ältere auf Jüngere, Arbeiter auf Populisten, laut auf leise, Diplomatie und Verbindlichkeit auf klare Kante, Beliebigkeit auf Konsequenz – und das teilweise auch noch quer durch die Wählergemeinschaften gemischt. Da half der einen Wählergemeinschaft auch die Unterstützung der neuen Bürgermeisterin nur bedingt, ebenso wenig wie der anderen Wählergemeinschaft ihr hübsches Etikett „Die neue Partei“ nicht wirklich die erwarteten Punkte brachte. Für die **WNK UWG FREIE WÄHLER** war schon am Wahlabend klar, dass alles in Frage zu stellen ist, alles von links auf rechts gedreht wird, kein Stein auf dem anderen bleibt.

Wobei das leichter gesagt als getan ist und an erster Stelle die Analyse der Wahl stehen muss, die je-

doch mehr Fragen aufwirft als sie Antworten gibt:

Wieso stagnierte die CDU in Wermelskirchen bei 35%, während sich ihre Bürgermeisterkandidatin bereits im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit durchsetzte?

Wieso konnte die CDU nicht vom sehr guten Bundestrend und bis dato grundsätzlich guten Corona-Krisenmanagement der Bundesregierung profitieren – auf letzteres bezogen die SPD auch nicht?

Einschub: Im Rheinisch-Bergischen Kreis kassierte die CDU sogar eine Schlappe von fast minus 4%, offenbar die berechnete Quittung für ihre Liaison mit den GRÜNEN, die ihr Ergebnis fast verdoppeln konnten. Logische Konsequenz der Kreis-CDU auf dieses Desaster ist aber das „Weiter so“ mit den Grünen für die nächsten 5 Jahre.

Womit wir bei den Grünen wären: die Partei der Verhinderung, Verbote und Bevormundung. Fast 16% in Wermelskirchen für eine Partei, die nichts zur Kommunalpolitik beigetragen hat. 16% für eine Partei, die ausschließlich davon lebt, von bestimmten interessierten Kreisen geschürte Stimmungen in Stimmen umzumünzen. Wer aber will es den Bürgern verdenken, wenn 24 Stunden am Tag und 7 Tage die Woche in allen Medien die „grünen“ Themen rauf und runter gebetet werden. Jeder gute Putschist weiß, wessen er sich als erstes bemächtigen muss: des Militärs, der strategischen Einrichtungen und der Medien. Die 68er haben das dann „zivilisierter“ umformuliert, als sie vom Marsch durch die Institutionen sprachen;

und da sind die Links-Grünen nun am Ziel angekommen und „ziehen ihr Spiel auf“ – mit Ergebnissen wie das der Wermelskirchener Kommunalwahl. Betrachtet man dann noch die Wahlbeteiligung von 56%, d.h. 44% machen bei dem „Spiel“ schon gar nicht mehr mit, komplettiert sich das Bild.

16% Grüne bedeuten absolut betrachtet auf alle Wahlberechtigten keine 10% - also 90% „Hoffnung“: 90% wollen die grüne Ökodiktatur folglich nicht. Die **WNK UWG FREIE WÄHLER** haben unmittelbar nach der Wahl festgelegt, dass sie an keiner wie auch immer gearteten Kooperation, die die Grünen mittelbar oder unmittelbar einschließt, teilnehmen werden. Daran haben sich die **WNK UWG FREIE WÄHLER** gehalten: sie haben CDU, BüFo und FDP eine bürgerlich-konservativ-liberale Kooperation angeboten, die eine stabile Mehrheit im Rat gehabt hätte. Daraus wurde leider, warum darüber darf spekuliert werden, nichts: heraus kam stattdessen eine „Volksfront des Berliner-Blockflöten-Ensemble mit Wermelskirchener Lokalkolorit“.

Die **WNK UWG FREIE WÄHLER** nehmen unter diesen Bedingungen ihre Rolle als größte Oppositionsfraktion im Rat gerne an und werden weiterhin engagiert zum Wohle der Menschen in Wermelskirchen arbeiten. Die **WNK UWG FREIE WÄHLER** werden auch zukünftig „anders“ sein, nicht zum Einheitsbrei gehören und nicht um jeden Preis bis hin zur Selbstaufgabe mit jedermann „kuscheln“!

DANKE!

Die **FREIEN WÄHLER** möchten sich bei allen freiwilligen Helfern sowie Feuerwehr, THW, DRK, Polizei, Bundeswehr etc. für den unermüdlichen Einsatz Mitte Juli während des Unwetters und danach im Namen aller Bürger ganz herzlich bedanken!

Grün bestellt – Schwarz nickt ab – Der Bürger bezahlt!

Jahrzehntlang war der Rheinisch-Bergische Kreis ein Hort finanzieller Stabilität. Egal ob die CDU allein „regierte“ oder mit der FDP als Partner, man konnte sich auf eine solide, städte- und gemeinde- wie auch bürgerfreundliche solide Finanzpolitik verlassen. Damit war es 2014 vorbei: obwohl CDU, FDP und **FREIE WÄHLER** mit 33 von 64 Sitzen plus dem CDU-Landrat eine Mehrheit hatten und der CDU eine faire und vertrauensvolle Zusammenarbeit angeboten hatten, entschied sich die CDU für die GRÜNEN als Partner. Was als hippes und dem Zeitgeist ge-

Umerziehungswerkzeuge mit dem Etikett „Kommunikation“, die jedoch nichts anderes darstellen als die Waffen im Kampf gegen das Auto und die freie Entscheidung der Bürger. Werden Projekte kritisch hinterfragt, werden Kennzahlen erbeten, wird die Fülle des eingesetzten Personals und dessen Kosten thematisiert, kommt in den Gremien sofort eine „gulag-artige“ Stimmung auf: grüne Ideen kritisch zu hinterfragen, zu kritisieren oder gar abzulehnen, geht gar nicht! Zusätzlich werden gute Projekte anderer Fraktionen abgelehnt. So hatte die Fraktion der **FREIEN WÄHLER** im März 2021 ein Projekt zur interkommunalen Wärmeleitplanung vorgeschlagen. Die kommunale Wärmeleitplanung hat zum Ziel, Strategien für eine volkswirtschaftlich vernünftige und

Nachdem alle anderen Fraktionen im Kreistag, die Bürgermeister aller Städte und Gemeinden, wichtige Verbände gegen dieses Ansinnen Sturm gelaufen waren, wurde der Druck auf die schwarz-grüne Mehrheit so groß, dass diese zum wirklich guten Schluss einknickte und das Vorhaben ersatzlos einstampfte. Hier hat die Fraktion der **FREIEN WÄHLER** mit ihren Anfragen und Anträgen die Kreisumlage nicht zu erhöhen, einen maßgeblichen Beitrag geleistet.

Quo Vadis Rheinisch Bergischer Kreis?

Seit einiger Zeit gibt es erhebliche Spannungen zwischen dem Landrat und der Verwaltungsführung hinsichtlich der Führung und der Ausrichtung der Kreisverwaltung. Hauptkritikpunkt sind die Organisation und die Mitarbeiterführung. Leider erfährt die Politik das größtenteils nur aus der Presse und ist gezwungen, sich aufgrund der Presseberichte ein Bild über die Situation im Kreishaus zu machen. Warum auch immer scheint der Landrat den direkten Kontakt zur Politik zu scheuen. Das ist sehr bedauerlich. Allerdings muss man aufgrund der Presseberichte schon zu der Erkenntnis kommen, dass im Kreishaus einiges im Argen liegt. Dies ist auf Dauer

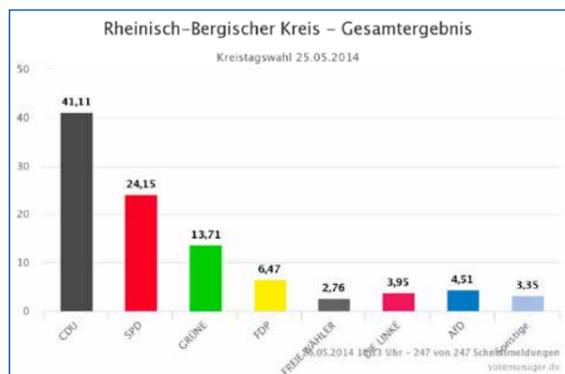
nicht gut, da auch Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger des RBK zu befürchten sind. Dies gilt es in aller Interesse zu vermeiden und deshalb ist die Politik gefordert. Ende Juni wurde der Politik eine gute Lösung für die Ausrichtung der Kreisverwaltung und die angedachte Aufgabenteilung zwischen Landrat und Verwaltungsführung vorgestellt. Diese wurde von allen Beteiligten als einvernehmlich erarbeitet präsentiert. Damit wären wohl vorhandenen sachlichen und personellen Probleme beseitigt worden. Mittlerweile hatte sich auch die Bezirksregierung Köln als zuständige Kommunalaufsicht für das Geschehen in der Kreisverwaltung interessiert und um einen Bericht gebeten. Mit der Abgabe des Berichtes an die Bezirksregierung hat der Landrat seine Zustimmung zu der vorgestellten Lösung widerrufen. Auch das musste die Politik im Vorfeld des Berichtes aus der Presse erfahren. Nun steht leider wieder alles auf Start – wie bei Monopoly.

Die **FREIEN WÄHLER** werden sich im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung sowie der Bürgerinnen und Bürger des RBK um eine konstruktive Lösung unter Wahrung der Interessen von und Respekt gegenüber allen Beteiligten bemühen.



schuldetes schickes schwarz-grünes Vorzeige-Projekt begann, entwickelt sich zum Albtraum für die CDU und Desaster für den Kreis, seine Städte und Gemeinden und am Ende auch für deren Bürger. Die erste politische Quittung kam bei der Kommunalwahl 2020: Die CDU verlor über 4%, die GRÜNEN gewannen über 10% hinzu, der Fraktionsvorsitzende der CDU verlor sogar sein Direktmandat an die Grünen. Trotzdem hätte es erneut mit 35 von 70 Sitzen plus dem CDU-Landrat zu einer bürgerlichen Mehrheit von CDU, FDP und **FREIEN WÄHLERN** gereicht. Die CDU hingegen setzte weiter auf das schwarz-grüne mittler-

wirtschaftlich vernünftige und



kostengünstige Wärmeversorgung zu entwickeln und umzusetzen. Dieses Projekt wurde insbesondere von Bündnis90/Die Grünen mit Hinweis auf fehlende finanzielle Mittel abgelehnt. Andererseits werden Projekte wie Solarkonzept für den RBK oder Energieberatung ohne Kostenangabe bzw. mit hohen Kosten einfach von schwarz-grün durchgewunken. Absolut unverständlich! Der Kreishaushalt 2021 musste insofern mit einem Taschenspielertrick eingebracht werden, der es an Dreistigkeit nicht fehlen ließ: anstatt wie jeder Kreis es wie vom Land vorgesehen tut, die Corona-Kosten auf einem 50-jährigen Sonderkonto zu buchen und alle von Bund und Land kommenden Hilfen zu Gunsten der Kommunen in den Haushalt einzubuchen und so die Kreisumlage für die Städte und Gemeinden stabil zu halten, hatte der Kreis die aberwitzige Idee, die Corona-Kosten im Haushalt zu belassen und dafür die Kreisumlage zu erhöhen, was über 10 Mio.€ Ausgaben mehr für die Städte und Gemeinden bedeutet hätte.



weile schon absehbar unbezahlbare „Erfolgmodell“, bei dem der immer größer werdende grüne Schwanz mit dem immer kleiner werdenden schwarzen Hund wedelt. Mit dem Kreishaushalt 2021 kam dann das weitere böse Erwachen: Immer neuen Ideen der Grünen zu deren Lieblingsthemen Klima, Mobilität, Kampf dem Auto, Umerziehung der Bürger – alle mit hübschen Begriffen aus dem ökologischen Wok garniert – musste irgendwann auch der Kreishaushalt Tribut zollen. Stellenmehrungen und Nice-to-have-Projekte gibt es halt nicht zum Nulltarif! Beispielhaft sei hier eine Position genannt: Der Zuschuss zum ÖPNV soll von 4.852,20 Mio.€ in 2015 sich auf 11.579,00 Mio.€ in 2024 mehr als verdoppeln. Grundsätzlich ist gegen eine Ausweitung und Verbesserung des ÖPNV nichts einzuwenden, aber nicht um jeden Preis und Außerachtlassung jeglicher Kosten-Nutzen-Gesichtspunkte und wenn es zu Leerfahrten bestimmter Linien kommt. Hinzu kommen noch verschiedene sündhaft teure Projekte mit dem Etikett „Mobilität“, und



FREIE WÄHLER: Versicherung gegen GRÜN

Am 26. September findet die nächste Bundestagswahl statt. Obwohl der Begriff „Schicksalswahl“ etwas abgenutzt sein mag, trifft er diese Wahl exakt: Grün-Rot-Rot, eine Ampel oder Grün-Schwarz, alle Varianten würden unserem unter anderem durch Corona geschundenen Land den Rest geben!



Bei einer angenommenen Wahlbeteiligung von 80% und 25% für die Grünen hätten 80% der Wahlberechtigten die Grünen nicht gewählt, man könnte auf den irrigen Gedanken verfallen sich entspannt zurück zu lehnen und der Dinge zu harren, die da kommen... Leider falsch gedacht: Mit 20% oder mehr würden die Grünen im Verbund mit SPD, Linken oder FDP als stärkster Partner klar vorgeben, wie der Hase läuft: ein Albtraum für Deutschland! Aber auch als Senior- oder Juniorpartner in einer Regierung mit der CDU droht ein ähnliches Szenario: ein Kanzler Laschet würde in den Händen der Grünen wie Butter in der Sonne dahin schmelzen und mit ihm die ohnehin nicht mehr vorhandenen Prinzipien der CDU.

Wobei wir beim Grundproblem der Grünen wären: überall wo sie in Regierungsverantwortung stehen, üben sie deutlich mehr Einfluss aus, als ihnen vom Wählerwillen her zustehen würde; und genau das führt dazu, dass die Grünen ihren staats-, kultur- und gesellschaftszersetzenden Einfluss überproportional wirken lassen können.

Was ist zu tun?

Nachdem sich die AfD selbst ins rechte Abseits gestellt hat, kann die links-grüne Szene jubilieren, stehen ihr doch vermeintlich auf welchem Weg auch immer alle Türen zum Umbau unseres Staates offen. **Jede Stimme für die AfD hilft somit am Ende den Grünen.** Da gilt es, gegenzuhalten, und das kann nur funktionieren, indem Staat und Gesellschaft aber auch die CDU vor den Grünen geschützt werden, der CDU eine bürgerliche Alternative zu Schwarz-Grün und Versicherung vor den Grünen geboten wird. Die FDP allein wird das nicht schaffen, jedoch die **FREIEN WÄHLER** als bürgerlich, konservative und soziale Alternative der Mitte ständen für eine bürgerliche Bundesregierung aus CDU, **FREIEN WÄHLER** und FDP bereit.

Deshalb am 26.09.2021: FREIE WÄHLER

Die Zukunft unserer „Dörfer“ Dhünn und Dabringhausen



Foto: Fahrenberg, Wikipedia

Auf Antrag der Fraktionen **FREIE WÄHLER**, FDP, CDU und BüFo wurde in der Sitzung des Zukunftsausschuss (ZA) am 26.06.2019 vereinbart, dass für Dhünn und Dabringhausen jeweils ein eigenständiges Entwicklungs- und Handlungskonzept erstellt werden soll. Die Verwaltung gab der Politik mit auf den Weg, sich zahlreiche konkrete Bausteine für solche Konzepte zu überlegen, damit Diskussionsgrundlagen geschaffen werden und die Verwaltung Fördermöglichkeiten abfragen sowie die Umsetzbarkeit prüfen kann. Die **FREIEN WÄHLER** sind der Aufforderung der Verwaltung gefolgt und haben ihren Fokus auf die Sicherung der Lebensqualität, eine soziale Dorfentwicklung mit aktiven Dorfgemeinschaften oder der Schaffung neuer Arbeitsplätze in Dhünn mit entsprechenden Projektvorschlägen gelegt. Dazu haben wir zahlreiche größere und kleinere Vorschläge eingereicht, um damit einen Prozess zu starten, bei dem die Zukunft unserer Dörfer

zusammen mit den betroffenen Bürgern besprochen wird. Wir sehen für Dhünn und Dabringhausen große Entwicklungsmöglichkeiten in den Bereichen Sport, Freizeit, sanfter Tourismus, Betreuung von Senioren und begrüßen alle Bestrebungen, unsere Dörfer nachhaltig zu stärken und weiterzuentwickeln. Besonders die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Dhünn ist eine Herausforderung, weil neue Gewerbegebiete in Dhünn ausgeschlossen sind. Wir erwarten, dass die Verwaltung eine breit angelegte Diskussion mit Bürgerinnen, Bürgern, Politik und Verwaltung über die Zukunft unserer Dörfer Dhünn und Dabringhausen noch in diesem Jahr startet, nachdem nun Präsenzsitzungen wieder möglich sind.

Unsere Ideen, die wir als Grundfüllung eines „Ideentanks“ sehen, finden Sie hier:
<https://wnkuwg.de/4035/programm-zukunft-unserer-doerfer/>

Impressum:
Herausgeber: WNK UWG FREIE WÄHLER – Bürgergemeinschaft, c/o Stefan Kind, Dörpfeldstraße 14, 42929 Wermelskirchen, Telefon: 02196/8984401

Verantwortlicher Redakteur: Henning Rehse, Goethestraße 33, 42929 Wermelskirchen, Telefon: 02196/3933
Redaktion: Bettina Bernhard, Rüdiger Bornhold, Dr. Werner Güntermann, Jan Paas, Jürgen Steeger

Fotos: Adobe Stock

Satz und Layout: print & neue medien, J. Wilhelm, Remscheid

Druck: Flyeralarm · **Auflage:** 17.000

Der Flyer ist recybar und soll nach dem Lesen in der blauen Papiertonne entsorgt werden.